Heute u. a. zu folgenden Themen: Griechen verlangen Respekt, Union stuft Merkel herab, Deutsche verlieren Vertrauen in Bankberater, AWD, Lehman-Geschädigte, Rösler glaubt an starkes Wirtschaftswachstum, Billigarbeit, Mindestlohn, Burn-out, Verteilungsdebatte, Pflegereform, EU-Wettbewerbshüter durchsuchen Gaslieferanten, Embryonenforschung, Peitschenhiebe wegen Autofahrens, Einmal Elend und zurück, zu Guter Letzt: Das Allerletzte. (RS)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Papandreou in Berlin: Griechen verlangen Respekt
2. Kanzlerin in der Krise: Union stuft Merkel herab
3. Krisenfolgen: Deutsche verlieren Vertrauen in Bankberater
4. Hoffnung für Tausende geschädigte AWD-Kunden
5. BGH-Urteil: Lehman-Geschädigte scheitern
6. Rösler glaubt an starkes Wirtschaftswachstum
7. Billigarbeit befindet sich in Thüringen auf dem Vormarsch
8. Mindestlohn: Von der Leyen lehnt CDA-Vorschlag ab
9. Burn-out: “Hier tickt eine gesellschaftliche Zeitbombe”
10. Verteilungsdebatte Rohe Bürgerlichkeit
11. Pflegereform – DIW drängt Schwarz-Gelb zu raschem Handeln
12. EU-Wettbewerbshüter durchsuchen Gaslieferanten
13. Ethikrat fordert strengeres Chimären-Verbot – Wer hat Angst vor Embryonenbastlern?
14. Saudi-Araberin wegen Autofahrens zu Peitschenhieben verurteilt.
15. Einmal Elend und zurück
16. Zu guter Letzt: Das Allerletzte

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Papandreou in Berlin: Griechen verlangen Respekt**
   Griechenlands Regierungschef Papandreou besucht Berlin. Vor dem BDI fand er klare Worte: Ausdrücklich beklagte er sich über die harschen Töne gegen sein Volk, das harte Anpassungen vollziehen müsse.
   Quelle: FR
2. **Kanzlerin in der Krise: Union stuft Merkel herab**
   Das Parlament soll am Donnerstag das gesetz verabschieden , mit dem sich die deutschen Garantien für den Euro-Rettungsschirm EFSF auf 211 Milliarden Euro

erhöhen. Trotz aller Appelle zur Geschlossenheit, wackelt die Kanzlermehrheit.
Bei Probeabstimmungen ergab sich bisher ‚dass 13 Unionsabgeordnete nicht für den Euro-Rettungsschirm stimmen wollen – und bei der FDP 6. Neunzehn Stimmen Vorsprung hat die Schwarz-Gelbe Koalition.
Quelle: FR

3. **Krisenfolgen: Deutsche verlieren Vertrauen in Bankberater**
   Nicht nur für Lehman-Opfer gilt: Durch die Finanzkrise hat das Ansehen von Bankberatern gravierend gelitten. Eine Umfrage in 14 Ländern zeigt nun, dass der Vertrauensverlust in Deutschland besonders groß ist.
   Quelle: SPIEGEL

   Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Überraschend ist doch höchstens, daß immer noch Menschen Vertrauen zu ihrem "Bankberater" (Produktverkäufer) haben.*

4. **Hoffnung für Tausende geschädigte AWD-Kunden**
   Der AWD hat nach Informationen von NDR Info bei vielen Fondsprodukten offenbar massiv gegen Provisionsvorschriften verstoßen. Den neuen Erkenntnissen zufolge könnten Tausende Anleger doch noch gerichtlich gegen den Konzern vorgehen, bevor ihre Fälle verjähren.
   Quelle: NDR

   Aber:

5. **BGH-Urteil: Lehman-Geschädigte scheitern**
   Der Bundesgerichtshof hat die Klage von Anlegern der Bank Lehman-Brothers abgewiesen. Die beklagte Sparkasse habe ihre Beratungspflichten nicht verletzt.
   Quelle: FR
6. **Rösler glaubt an starkes Wirtschaftswachstum**
   Beim Hauptstadtforum gab sich Wirtschaftsminister Rösler optimistisch was das Wirtschaftswachstum angeht. Die Politik müsse aber für eine Verstetigung des Wachstums sorgen.
   Der Minister lobte die INSM für ihr Eintreten für Vollbeschäftigung in Deutschland. „Der Weg, den Sie gewählt haben, ist genau richtig." Vollbeschäftigung sei allerdings ein „ehrgeiziges Ziel".
   Quelle: Welt

   Anmerkung RS: *Kommentar überflüssig …*

7. **Billigarbeit befindet sich in Thüringen auf dem Vormarsch**

Jeder dritte Thüringer muss sein Einkommen derzeit in zeitlich begrenzten und schlecht bezahlten Jobs verdienen. Die Arbeitsagenturen und der DGB warnen gemeinsam vor wachsender Gefahr der Abwanderung von Fachkräften.
Quelle: OTZ.de

Anmerkung RS: *Im Artikel heißt es:*

> "Zwar gesteht der BA-Regionalchef den Firmen "ein hohes Maß an Flexibilität" zu. Dagegen stünde aber die wachsende Gefahr von Abwanderung der besten Fachkräfte sowie ein hohes Maß der Unsicherheit bei Arbeitnehmern. Viele müssten wegen der geringen Bezahlung vom Staat noch einmal finanziell "aufgestockt werden"."

Das hört sich nicht gerade nach Fachkräftemangel an.

8. **Mindestlohn: Von der Leyen lehnt CDA-Vorschlag ab**
Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft will einen Mindestlohn von 7,79 Euro im Westen und 6,89 Euro im Osten. Bundesarbeitsministerin von der Leyen lehnt den Vorschlag der CDU-nahen Organisation ab. Generell sei sie aber offen für einen Mindestlohn.
Quelle: FR

Anmerkung RS: *„Generell" sei man für einen Mindestlohn offen. Konkret lehnt man ihn aber nach wie vor ab. Und was sollen branchenspezifische Mindestlöhne? Hängt das Existenzminimum etwa davon ab, in welcher Branche man arbeitet?*

9. **Burn-out: "Hier tickt eine gesellschaftliche Zeitbombe"**
Überlange Arbeitszeiten, unfähige Chefs und ein kaum zu bewältigendes Arbeitspensum: Immer mehr ArbeitnehmerInnen leiden nach Erkenntnissen der IG Metall unter psychischen Erkrankungen. Die Gewerkschaft fordert einen gesetzlichen Schutz vor zuviel Stress – in anderen Ländern gibt es das längst.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

Anmerkung Volker Bahl: *Und in mir drängt sich wieder die Frage auf, warum es das in anderen Ländern schon längst gibt – und mir kommt immer wieder der Verdacht hoch, dass andere Länder eben auch für die Beschäftigten mehr Rechte zur Verfügung stellen als gerade in Deutschland, sich selbst zu wehren.*

10. **Verteilungsdebatte Rohe Bürgerlichkeit**
    Zur Verteilungsdebatte: Von Abstiegsangst getrieben zetteln Bessergestellte einen Klassenkampf von oben an.
    Quelle: Zeit-Online
11. **Pflegereform – DIW drängt Schwarz-Gelb zu raschem Handeln**
    Seit Monaten streiten CDU, CSU und FDP über eine Pflegereform – nun appellieren Wirtschaftsforscher an die schwarz-gelbe Koalition, den Umbau der Pflege endlich auf den Weg zu bringen. Schon seit Ende der 90er Jahre sei ein deutlicher Leistungsabfall der Pflegeversicherung zu erkennen, heißt es in einem neuen Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.
    Quelle: Süddeutsche Zeitung
12. **EU-Wettbewerbshüter durchsuchen Gaslieferanten**
    Haben sich die großen Versorger in Europa beim Gaspreis abgesprochen und Konkurrenten am Markteintritt gehindert? Wegen des Verdachts auf Kartellverstöße hat die EU-Kommission in einer großangelegten Razzia Gasunternehmen in ganz Europa durchsuchen lassen. Auch in Deutschland bekamen Eon Ruhrgas, RWE und Gazprom Germania unangemeldeten Besuch von den Ermittlern.
    Quelle: Süddeutsche Zeitung
13. **Ethikrat fordert strengeres Chimären-Verbot – Wer hat Angst vor Embryonenbastlern?**
    Wenn von der Forschung mit Mischwesen aus Mensch und Tier berichtet wird, sind die Überschriften regelmäßig so groß wie die Aufregung. Dabei geht es seriösen Wissenschaftlern nicht um gruselige Mensch-Kaninchen-Kreuzungen oder die Züchtung eines Zentauren. An den meisten Forschungen ist wenig auszusetzen. Für die anderen braucht es juristische Schranken.
    Quelle: Süddeutsche Zeitung
14. **Saudi-Araberin wegen Autofahrens zu Peitschenhieben verurteilt.**
    Eine Frau ist im saudi-arabischen Dschidda zu zehn Peitschenhieben verurteilt worden. Der Grund: Sie ist Auto gefahren. Das Urteil fiel nur zwei Tage, nachdem König Abdullah von Saudi-Arabien den Frauen das Kommunalwahlrecht gewährt hatte.
    Quelle: FR

    Anmerkung Volker Bahl: *...und damit das auf ewig so bleibt schickt Deutschland dort Panzer hin.*

15. **Einmal Elend und zurück**
    Tausende junge Nigerianerinnen hoffen Jahr für Jahr auf ein besseres Leben in Europa – und landen auf dem Straßenstrich. Benin City, ursprünglich Ile-Ibinu, ist Zentrum

der nigerianischen Auswanderung nach Europa. Hauptzielland ist die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien, aber nach UN-Angaben leben 10.000 Nigerianerinnen als Prostituierte in Italien. Dies führen Experten auf die immer restriktiveren Einreisebestimmungen der EU zurück. Je kostspieliger es wird, nach Europa zu ziehen, desto abhängiger werden Migranten von Kredithaien, und für Frauen sind das zumeist Prostitutionsringe. In Italien gilt die nigerianische Mafia als zentrales Verbindungsglied zwischen Italiens Mafia und Lateinamerikas Drogenkartellen.
Quelle: taz

16. ***Vorabanmerkung RS:*** *Der folgenden Beitrag sieht aus wie Satire. Doch angesichts des inzwischen gewohnten Niveau von Spiegel-Online weiß man, dass es auch ernst gemeint sein könnte. Daher konnte ich mich nicht entscheiden, ob ich diesen Beitrag unter „zu guter Letzt" oder „das Allerletzte" laufen lassen soll. Ich habe mich letztlich für beide entschieden.*

    Zu guter Letzt: Das Allerletzte
    Eine etwas andere Halbzeitbilanz: Zehn Tops der Flop-Koalition
    Alle schimpfen über Schwarz-Gelb – zu Recht? Angela Merkels Regierung wurde vor zwei Jahren gewählt. Zeit, auch einmal auf die positiven Seiten dieser Koalition zu schauen. Überraschend genug, es gibt sie tatsächlich. Eine etwas andere Halbzeitbilanz.
    Quelle 1: SPIEGEL Online
    Quelle 2: SPIEGEL Online – Flash-Animation

    Nochmal Anmerkung RS: *Wette, SPON hat es tatsächlich ernst gemeint?*